

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Monatlich einfl. Trägervon N. 1.60; Einzelnummer 10 Pfennig. Erscheint an jedem Werktag. Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Jaiser (Inh. Karl Jaiser) Nagold, Marktstraße 14



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 Spalte 2000-3000 Zeilen oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J. Kellern 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Aufschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Inserate, Aufträge und Adressen-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfach No. Stuttgart 5113

Nr. 17

Gegründet 1827

Donnerstag den 22. Januar 1931

Fernsprecher Nr. 29

105. Jahrgang

Curtius zu der Behandlung der Deutschen durch die Polen

Zaleski hat billige Ausreden

Genf, 21. Januar. Im Völkerbund haben heute vormittag in öffentlicher Sitzung die Verhandlungen über die deutschen Beschwerden bezüglich der Polengrenze während der Wahlzeit in Polnisch-Oberschlesien unter großem Andrang des Publikums und der Presse begonnen. Dr. Curtius führte aus:

Die deutsche Regierung war sich der Tragweite ihres Schritts bewußt, als sie zum erstenmal von sich aus den Rat um Schutz einer Minderheit anrief. Wenn sie nicht die Beschwerde der Minderheit abgemindert hat, so lag der Grund in der überragenden Bedeutung und dem besonderen Charakter der Vorkommnisse, die sich im November v. J. in Oberschlesien und auch in Polen und Pommern abgepielt haben. So oft auch in der Vergangenheit die deutsche Minderheit durch Unterdrückung und Gewalttaten gelitten hat, alles wurde doch übertrieben durch das Maß der Leiden, die die deutsche Bevölkerung in Polen während der Wahlen über sich hergehen lassen mußten. Das Gesamtbild der Geschehnisse ließ deutlich erkennen, daß die Kräfte, die hinter dem Wahlterror standen, offenbar glaubten, jetzt eine entscheidende politische Schwächung des Deutschen herbeiführen zu können. Ich dringe mit allem Nachdruck darauf, daß der Völkerbundrat ohne Rücksicht auf das Land, das die Sache aufgenommen hat, gemäß seinen Garantieflichten für die Durchführung der Minderheitenrechte sorgt. So sehr es uns darauf ankommt, die Garantieflichten des Völkerbunds wirksamer zu gestalten, so wenig denken wir daran, zu leugnen, daß uns mit den Deutschen, die jetzt jenseits der Grenze unter fremder Souveränität leben, ein starkes inneres Band verknüpft. Daher die ungeheure Erregung der Öffentlichkeit in Deutschland. In den polnischen Darlegungen sehe ich nicht ein einziges Argument, das diesen Standpunkt erschüttern könnte. Die deutsche Regierung hatte nicht erwartet, schon 8 Wochen nach den feierlichen Erklärungen in diesem Saale über die wirksamste Garantie des Minderheitenschutzes sich zu einem so außergewöhnlichen Schritte entschließen und die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrats auf Dinge richten zu müssen, die in kraftigem Gegensatz zu den von der Gesamtheit der Völkerbundsmächte niedergelegten Grundgesetzen stehen. Es ist zu befürchten, daß, wenn es dem Völkerbundrat nicht gelingt, ähnlichen Vorkommnissen in der Zukunft vorzubeugen und für die Vergangenheit volle Sühne für das Geschehene zu schaffen, das Vertrauen der Minderheiten zum Völkerbund als dem Hort ihrer Rechte unumkehrbar verloren gehen wird. Der traurige Katalog der Gewalttaten der Minderheitenbeschwerde zeigt, daß von der körperlichen Bedrohung bis zu der Zerschlagung von Eigentum und jeder Art von moralischem Zwang jedes Mittel angewandt worden ist, um die Deutschen ihrer politischen Rechte in Polen zu berauben. Die hauptsächlichsten Fälle dieser Gewalttaten sind durch die ganze deutsche und zum Teil durch die internationale Presse gegangen und von ausländischen Berichtstattern an Ort und Stelle bestätigt worden.

Dr. Curtius weist auf einige besonders trasse Fälle unter Duldung der polnischen Polizei und Behörde hin, und fährt fort:

Was die Vorfälle in Oberschlesien zu einer Einheit verbindet, was ihnen ein ganz besonderes Gepräge gibt, ist die Tatsache, daß sie von einem einheitlichen, geschlossenen Willen getragen waren, der sich gegen das Deutschum als solches richtete. Frappant ist die Tatsache, daß die Terroraktion sich wochenlang in aller Öffentlichkeit abspielen konnte, ohne daß der oberste politische verantwortliche Beamte des Gebietes, der Wojwode, einschritt, obwohl er mehrfach, ebenso wie der Innenminister, von der Minderheit um Einschreiten gebeten wurde.

Besonders charakterisiert wird aber die ganze Schwere der Sachlage durch das planmäßige Vorgehen gewisser Verbände. Mit allem Ernst muß ich hierbei auf den polnischen „Auffständischen-Verband“ hinweisen. Dieser Verband, der mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird, ist eine halb militärische Organisation. Sie untersteht nach § 68 ihrer Satzungen in militärischen Angelegenheiten den Militärbehörden und stammt noch aus der Zeit der polnischen Aufstände in Oberschlesien. Sein militärischer Charakter ergibt sich daraus, daß er ständig Waffenübungen und Manöver abhält, daß seine Mitglieder die Befugnis haben, besondere Uniform zu tragen und einen Eid leisten müssen und dergleichen mehr. Mögen im übrigen die Satzungen des Verbandes sein, welche sie wollen, er würde uns nicht in dem Maße interessieren, wenn nicht der enge Zusammenhang mit den staatlichen Behörden bestände. Der Auffständischen-Verband findet nicht nur Unterstützung durch die unteren lokalen Verwaltungsbehörden, er wird vielmehr auch begünstigt und gefördert. Ehrenvoller des Verbandes ist der Wojwode von Oberschlesien.

Die polnische Regierung bestreitet nicht, daß die Angehörigen der deutschen Minderheit im Wahlkampf unter der Tätigkeit des Auffständischen-Verbands zu leiden haben. Sie behauptet nur, die Aktivität des Verbandes habe sich lediglich gegen die „Deutsche Wohlgemeinschaft“ gerichtet, deren Loyalität bestritten wird. Die „Deutsche Wohlgemeinschaft“ ist die innenpolitische Organisation der deutschen Minderheit, soweit sie sich nicht zu den Sozialisten bekennt. Zu kulturellen und Rechtshilfswedien ist die Minderheit im „Deutschen Volksbund“ organisiert. Es ist unbegreiflich, daß die Organisationen der Deutschen in Oberschlesien immer wieder dem Vorwurf der „Moralität“ ansgehet sind. Die deutsche Regierung hat in ihrer Note vom 27. November nachgewiesen, daß man die Deutschen mit den verwerflichsten Mitteln verbinden wollte, ihre Führer ins polnische Parlament hineinzuwählen. Die polnische Regierung gibt selbst zu, daß gegen 5000 Streichungen von deutschen Wählern vorgekommen sind.

Der Rat darf sich auch nicht durch die polnische Ausflucht beeinflussen lassen, daß es „der deutschen Minderheit nicht schlechter ergangen sei als anderen Gruppen der Opposition“. Wenn sich die ausschereitenden Nachrichten über die auch in der Ukraine verübten Gewalttaten bestätigen, so wird sich der Rat auch mit diesen Dingen beschäftigen müssen. Auf keinen Fall aber kann mit dem Hinweis auf die Behandlung anderer Minoritäten das Vorgehen gegen die Deutschen in Oberschlesien entschuldigt werden. Die Deutschen in Oberschlesien haben ihre besonderen verbrieften Rechte, die nicht willkürlich durch eine allgemeine Herabdrückung des Niveau der Rechtsordnung beeinträchtigt werden dürfen. Es ist jetzt hier allein zu untersuchen, ob diese Rechte verletzt sind. In Polen sind vor den Wahlen zwölf in der Wahlorganisation führende Deutsche verhaftet und zum Teil noch in Haft gehalten. Im Wahlbezirk Rauden wurde die gesamte deutsche Liste infolge willkürlicher Beanstandungen vollwertiger Unterschriften für ungültig erklärt, was den Ausschluß von etwa 30 000 Stimmen bewirkte; in demselben Wahlkreis wurde die Wahlberechtigung von Tausenden von Minderheitsangehörigen mit der Begründung beanstandet, sie befänden nicht die polnische Staatsangehörigkeit. In der ganzen Wojwodschaf Pommern wurde der deutschen Minderheit die Veranstaltung einer ordnungsmäßigen Wahlpropaganda unmöglich gemacht.

Die polnische Regierung hat behauptet, daß alle die traurigen Vorkommnisse mehr oder weniger auf „deutsche Schuld“ zurückzuführen seien. Aber Deutschland denkt nicht daran, seine Ziele mit anderen als vertraglichen Mitteln verwirklichen zu wollen. Wenn der polnischen Regierung daran liegt, einen Vergleich zwischen der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland zu ziehen, so kann mir dies nur erwünscht sein. Ich glaube, daß die völlig freiwillige, an keinerlei Verträge gebundene großzügige Minderheitenpolitik in Deutschland, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens etwas anderes verdient, als wenn irgendwelcher Einzelvorkommnisse verdächtigt zu werden.

Der Rat darf sich auch nicht durch die polnische Ausflucht beeinflussen lassen, daß es „der deutschen Minderheit nicht schlechter ergangen sei als anderen Gruppen der Opposition“. Wenn sich die ausschereitenden Nachrichten über die auch in der Ukraine verübten Gewalttaten bestätigen, so wird sich der Rat auch mit diesen Dingen beschäftigen müssen. Auf keinen Fall aber kann mit dem Hinweis auf die Behandlung anderer Minoritäten das Vorgehen gegen die Deutschen in Oberschlesien entschuldigt werden. Die Deutschen in Oberschlesien haben ihre besonderen verbrieften Rechte, die nicht willkürlich durch eine allgemeine Herabdrückung des Niveau der Rechtsordnung beeinträchtigt werden dürfen. Es ist jetzt hier allein zu untersuchen, ob diese Rechte verletzt sind. In Polen sind vor den Wahlen zwölf in der Wahlorganisation führende Deutsche verhaftet und zum Teil noch in Haft gehalten. Im Wahlbezirk Rauden wurde die gesamte deutsche Liste infolge willkürlicher Beanstandungen vollwertiger Unterschriften für ungültig erklärt, was den Ausschluß von etwa 30 000 Stimmen bewirkte; in demselben Wahlkreis wurde die Wahlberechtigung von Tausenden von Minderheitsangehörigen mit der Begründung beanstandet, sie befänden nicht die polnische Staatsangehörigkeit. In der ganzen Wojwodschaf Pommern wurde der deutschen Minderheit die Veranstaltung einer ordnungsmäßigen Wahlpropaganda unmöglich gemacht.

Die polnische Regierung hat behauptet, daß alle die traurigen Vorkommnisse mehr oder weniger auf „deutsche Schuld“ zurückzuführen seien. Aber Deutschland denkt nicht daran, seine Ziele mit anderen als vertraglichen Mitteln verwirklichen zu wollen. Wenn der polnischen Regierung daran liegt, einen Vergleich zwischen der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland zu ziehen, so kann mir dies nur erwünscht sein. Ich glaube, daß die völlig freiwillige, an keinerlei Verträge gebundene großzügige Minderheitenpolitik in Deutschland, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens etwas anderes verdient, als wenn irgendwelcher Einzelvorkommnisse verdächtigt zu werden.

Die polnische Regierung hat behauptet, daß alle die traurigen Vorkommnisse mehr oder weniger auf „deutsche Schuld“ zurückzuführen seien. Aber Deutschland denkt nicht daran, seine Ziele mit anderen als vertraglichen Mitteln verwirklichen zu wollen. Wenn der polnischen Regierung daran liegt, einen Vergleich zwischen der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland zu ziehen, so kann mir dies nur erwünscht sein. Ich glaube, daß die völlig freiwillige, an keinerlei Verträge gebundene großzügige Minderheitenpolitik in Deutschland, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens etwas anderes verdient, als wenn irgendwelcher Einzelvorkommnisse verdächtigt zu werden.

Die polnische Regierung hat behauptet, daß alle die traurigen Vorkommnisse mehr oder weniger auf „deutsche Schuld“ zurückzuführen seien. Aber Deutschland denkt nicht daran, seine Ziele mit anderen als vertraglichen Mitteln verwirklichen zu wollen. Wenn der polnischen Regierung daran liegt, einen Vergleich zwischen der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland zu ziehen, so kann mir dies nur erwünscht sein. Ich glaube, daß die völlig freiwillige, an keinerlei Verträge gebundene großzügige Minderheitenpolitik in Deutschland, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens etwas anderes verdient, als wenn irgendwelcher Einzelvorkommnisse verdächtigt zu werden.

Kriege sind nicht zu vermeiden :

Bratt über zukünftige Kriege

Washington, 21. Jan. Auf der Jahrestagung der Vereinigung zur Prüfung der Kriegursachen und Verhütung künftiger Kriege hielt der Chef der amerikanischen Marine, Admiral Pratt, einen Vortrag. Kriege seien auch künftig unvermeidlich. Pratt stimmte Prof. Shotwells Bestimmung des „Angreifers“ zu: im Sinne des Kelloggpatentes ist derjenige Staat als „Angreifer“ zu verstehen, der sich weigert, den Streitfall dem Schiedsgericht zu unterbreiten. Die in London mit England vereinbarte Gleichheit der Kriegshotten bezeichnet Pratt als begründet auf der Ueberzeugung, daß beide Mächte nie gegeneinander kämpfen würden, daß sie im Gegenteil in künftigen Kriegen gemeinsam aufzutreten müßten, sei es aktiv, wenn die Neutralität egoistisch oder unberechtigt wäre, oder wenn die weltliche Kultur auf dem Spiele stehen sollte, sei es als gemeinsame neutrale Front zur Erhaltung des Weltfriedens und zur Vorkämpfung von Kriegsverbrechen. Das Londoner Abkommen habe beiden Seemächten eine gemeinsame Herrschaft zur See gegeben und sie werde in einem ewigen Kriege — und zwar hoffentlich als neutrale Gewalt — zum „Sieg der Gerechtigkeit“ benützt werden. (Etwa wie 1914 bzw. 1917?) Zur Frage der „Freiheit der Meere“ erklärte Pratt, der Standpunkt des Neutralen, der die Freiheit der Meere verlange, um am Kriege zu verdienen, sei „egoistisch und unhaltbar“. Bisher humaner sei gegebenes Falls eine volle Blockade, um dem Norden ein rasches Ende zu machen. Amerika habe in der Vergangenheit selbst Rechte der Neutralen verletzt, beispielsweise bei der Havannablockade im spanischen Krieg und im Jahr 1917, als es holländische Schiffe im Hudson beschlagnahmte, nachdem es vorher für sich weitgehende neutrale Rechte verlangt hatte. Erwägenswert sei, so führte Pratt aus, die Organisation der Belieferung der Zivilbevölkerung

werden. In Deutschland genießt die polnische Presse völlig uneingeschränkte Freiheit und die polnische Minderheit kann sich in ihren Vereinen und mannigfachen Veranstaltungen völlig ungehindert bewegen. Warum hat denn die polnische Regierung nicht einfach einen Vergleich zwischen Deutsch-Oberschlesien und Polnisch-Oberschlesien geschlossen? Gemäß ganz reibungslos geht es auch in Deutsch-Oberschlesien nicht zu, aber Vorkommnisse ersten Charakters sind doch recht seltene Einzelfälle. Worauf es hier ankommt, ist, daß die verantwortlichen Behörden, besonders der oberste politische Leiter des Gebietes, schärfstens gegen jeden Uebergriff einschreiten.

Die polnische Regierung hat in ihrer Gegenbemerkung die Maßnahmen mitgeteilt, die sie wegen der Vorkommnisse in Oberschlesien getroffen hat. Der Rat wird zu prüfen haben, ob diese Zusicherungen als ausreichend anzusehen sind, um das geschehene Unrecht auch nur einigermaßen wieder gut zu machen. Dafür aber, daß diese Wiedergutmachung auch praktisch durchgeführt wird, muß der Rat noch Lage der Sache deutbare Sicherheiten treffen. Aber auch wenn es für die Vergangenheit Sühne geschaffen ist, darf der Völkerbundrat es dabei nicht bewenden lassen. Wir haben auch dafür Vorsoße zu treffen, daß ähnliche Vorkommnisse sich in Zukunft nicht wiederholen. Der Völkerbundrat wird sich mit dem Aufständischenverband und seinen Beziehungen zu amtlichen Stellen eingehend befassen müssen. Wenn nicht die schuldigen Beamten, ohne Ansehen der Person, rückwärtslos bestraft werden, wenn das System nicht geändert wird, und wenn nicht in der Verwaltung die personelle Gewähr für eine unparteiische Handhabung der Minderheitenschutzbestimmungen gegeben wird, wenn die ständige Bedrohung durch Verbände nicht beseitigt wird, deren Geist und Ziel zu den vom Völkerbund proklamierten Grundgesetzen des Schutzes der Minderheiten in direktem Gegensatz steht, so besteht die Gefahr weiter, daß die Minderheiten immer wieder der Rechts- und Schutzlosigkeit ausgesetzt bleiben.

Der polnische Außenminister Zaleski antwortete, die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den Polen und der deutschen Minderheit sei auf die bekannte Rede des Reichsministers Treviranus zurückzuführen. (1) Das Verlangen in Deutschland auf Rückgabe Oberschlesiens habe in Polen eine steigende Erregung geschaffen. Die deutsche Minderheit in Oberschlesien müsse jetzt vor ihren eigenen Beschützern geschützt werden. (2) Die polnische Regierung bestreite nicht, daß unzulässige Vorfälle vorgekommen seien, aber sie seien überwiegend von ganz geringer Bedeutung und aus der erregten Wahlstimmung zu erklären. Die polnische Regierung habe bereits Strafverfahren gegen die Schuldigen eröffnet.

der kriegsführenden Staaten mit Lebensmitteln aus neutralen Ländern unter Ausschluß jedes geschäftlichen Gewinns.

Der Film „1914“

Im Louvren-Filmopalast in Berlin wurde am 20. Januar der mit Spannung erwartete Film von Richard Dösl „1914“ gegen die Kriegsschuldfrage. Die letzten Tage vor dem Weltbrand zum ersten Mal vorgeführt. Der Film machte einen tiefen Eindruck und wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Der Film zeigt streng geschichtlich, wie die Völker nach einem Wort Lloyd Georges in den Weltkrieg „hineingestürzt“ sind. Er beginnt mit der Worttat von Serajewo und endet mit der auf höhere Weisung erfolgten Ermordung des französischen Abgeordneten Prof. Jaurès in Paris, der bekanntlich entschieden gegen die französische Kriegspolitik auftrat und gedroht hatte, er werde die Wachen der Poincaré, Millerand und Konsorten schonungslos in der Kammer aus Tageslicht bringen. In der Hauptrolle spielt der Film in Berlin, Petersburg, Wien, Paris, London und Beograd und hat seinen Schwerepunkt in den Peterburger Szenen. Er zeigt, wie der Widerstand des Jaren Nikolaus II. gegen den Krieg von dem im Bund mit Poincaré arbeitenden russischen Außenminister Sazonow überlistet und durch den kriegsführenden Großfürsten Nikolai gebrochen wurde. Auf der anderen Seite wird die Unfähigkeit des Reichstanzlers Bethmann-Hollweg ins Licht gerückt. Der Film schließt mit dem Bekenntnis des sterbenden Jaurès zu Frieden, Freiheit und Völkervereinigung.



Neueste Nachrichten

Ausweitung ausländischer Börsenspekulanten aus Frankreich

Paris, 21. Januar. Der französische Innenminister hat auf Vorschlag des Polizeipräsidenten von Paris die Ausweitung zweier Ausländer aus Frankreich verfügt, und zwar des Leo Goldschmidt aus Italien und des Wilhelm Falkenberg aus Russland, die für Rechnung einer Spekulantengruppe in Deutschland und Holland an der Pariser Wertpapierbörse Manöver ausgeführt hatten.

Urteil in einem politischen Prozeß

Wittenberge, 21. Jan. Das erweiterte Wittenberger Schöffengericht sprach heute das Urteil gegen fünf Mitglieder des sozialdemokratischen Arbeiter-Turn- und Sportvereins in Perleberg, die in der Nacht zum 28. Dezember den Nationalsozialisten Tapezierer Wiedstraf überfallen und schwer mißhandelt hatten. Die Brüder Brill erhielten je 6 Monate, die Angeklagten Boelck und Kube je 4 Monate und der Maurerlehrling Schulz 2 Monate Gefängnis. Außerdem haben die Verurteilten Wiedstraf 1000 Mark Schadensersatz zu zahlen. Der Antrag auf Bewährungsfrist wurde abgelehnt.

Württemberg

Stuttgart, 21. Januar.

Umbau der Biberacher Steige bei Horb. Abg. Winter hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: „Die Biberacher Steige bei Horb, im Volksmund die „Todessteige“ genannt, sollte so rasch als möglich umgebaut werden, um die großen Gefahren für den Verkehr zu beseitigen. Die Stadtgemeinde Horb hat das Ihrige hierzu getan, indem sie das Kollische Anwesen erworben hat. Es liegt nun beim Staat, mit dem Straßenbau endlich zu beginnen. Da in der Stadt eine größere Zahl von Arbeitslosen vorhanden ist, so könnten diese Arbeitskräfte beim Straßenbau verwendet werden. Ich frage das Staatsministerium, ob es bereit ist, die Arbeiten an der Biberacher Steige noch in diesem Frühjahr vornehmen zu lassen?“

Starke Ueberfüllung im Vermessungsbeamtenberufe. Seit einigen Jahren hat der Landesverein mittl. Vermessungsbeamten vor dem Eintritt in den Vermessungsbeamtenberufe gewarnt. Nachdem allein in den Jahren 1928-1930 wiederum 210 Lehrlinge (jährlich werden höchstens 25 benötigt) in die Berufsausbildung eingetreten sind und mit einem natürlichen Abgang bei dem sehr jungen Berufsstand in den nächsten 25 Jahren nur in einzelnen Fällen gerechnet werden darf, ist der Bedarf an Vermessungsbeamten für längere Zeit mehr als vollständig gedeckt. Der Landesverein mittlerer Vermessungsbeamten sah sich deshalb neuerdings veranlaßt, zum Zwecke der Einschränkung des Zugangs zum Vermessungsbeamtenberufe den Behörden geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Er möchte aber auch aus wohlmeinenden Gründen öffentlich von dem Eintritt in diese Laufbahn, welche auf Jahre hinaus überfüllt ist, und daher keine Entwicklungsmöglichkeit bietet, wiederholt dringend abraten.

Amtsvergehen. Wegen Amtsunterschlagung und Urkundenverächtung hatte sich vor dem erweiterten Stuttgarter Schöffengericht der 30 Jahre alte Postamtsvorstand Ernst Bauer von Stuttgart zu verantworten, der in der Zeit vom Februar bis August 1930 insgesamt 1200 Mark unterschlagen hatte. Er lieferte in 35 Fällen das Geld für Ratenleistungen, die unfrankiert beim Postamt 5 in Stuttgart dem Vorstand abgeliefert wurden, nicht ab und vernichtete die Anmeldungen, die von den Aufgebern der Sendungen abgegeben wurden. Bauer wurde zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Baugeldzuteilung. Am 16. Januar wurde vom Württ. Sparkassen- und Giroverband die vierte Baugeldzuteilung vorgenommen. Zuteilt wurden an weitere 25 Bauparer 178 000 RM. Die Reihe zuteilte Vertragssumme ist 2000 Reichsmark, die höchste 20 000 RM. Insgesamt sind nun seit der Geschäftseröffnung am 1. November 1929 an 80 Bauparer 507 000 RM. zu 4 v. H. verteilt worden.

Steuerliche Milderung für Wohnungsneubauten. Eine heutzutage vielfach in Erscheinung tretende Tatsache ist es, daß eine große Anzahl derjenigen, die in den letzten Jahren Wohnungsneubauten mit höheren Baukosten als den gegenwärtigen erstellten, insofern der Wirtschaftskrise und Senkung der Mieten den Jins für die erhaltenen Baudarlehen nicht leicht aufbringen können. Da außerdem die in Württemberg auf 5 Jahre bemessene Gebäudesteuerfreiheit allmählich in Wegfall kommt, erwächst eine weitere Belastung. Mit Rücksicht darauf, daß in den meisten Staaten Deutschlands eine mehr als fünfjährige Steuerfreiheit gewährt wird (z. B. Bayern 10 Jahre) und bekanntlich auch durch die Rotverordnung des Reichspräsidenten für alle vom 1. April 1931 bis 31. März 1934 bewohernta werdenden Wohngebäude eine siebenjährige Befreiung von der Gebäudesteuer eintritt, hat der Verein für Wohnungsneubau Friedrichshafen beschlossen, an den Württ. Landtag ein Gesuch mit der Bitte zu richten, auch in Württemberg für alle in den Jahren 1924 bis 1930 zur Erstellung genommenen Wohngebäude die Steuerfreiheit zu verlängern.

Ehrengericht bestraft worden war, nahm sich die Sache so sehr zu Herzen, daß er seinem Leben ein Ende machte.

Reichsbanner und deutsche Frauenehre. Der „Nationalsozialistische Kurier“ teilte am 16. Januar in einem Bericht über eine Verammlung des Reichsbanners Schwarzrotgold in Ludwigsburg mit, der Redner Gebhardt aus Ludwigsburg habe in der Verammlung Versicherungen über die Rassenfrage und die deutschen Frauen getan, die zu lebhaftem Widerspruch Anlaß gaben. So habe er behauptet: Die Rassenfrage sei ein Blödsinn. Keine Frau wisse, wer schließlich der Vater ihrer Kinder sei. Jeder habe seinen Streifschuß weg, und viele von einem Juden usw. Und diesen Ausführungen habe Prof. Dr. Bauer-Ludwigsburg, Mitglied des Zentrums und des Reichsbanners, zugestimmt.

Gebhardt bestreitet nunmehr, die Versicherungen getan zu haben; er habe nur nachweisen wollen, daß Hitler und Ludendorff nicht reinblütig seien. Prof. Bauer erklärt öffentlich, daß er mit den Ausführungen Gebhardts nicht übereinstimme, daß ihm vielmehr dessen Entgleisungen höchst peinlich gewesen seien.

Hohenheim, 21. Jan. Allerlei aus Hohenheim. Ein Student der Landwirtschaftlichen Hochschule, der Sohn eines Pfarrers aus der Pfalz, zeigte sich plötzlich so geistesgestört, daß er in seine Heimat gebracht werden mußte. — Nach dem Krieg studierten auch mehrere Verwandte des württembergischen Königshauses an der Landwirtschaftlichen Hochschule, desgleichen Mitglieder angelehneter ausländischer Adelsfamilien, unter ihnen eine Prinzessin aus Georgien. In diesen W. Semester hatte sich, so berichtet der Hohenheimer, die Komtesse Hopos (von der katholischen Linie in Ungarn) als Studentin einschreiben lassen, die nach deutscher Seite hin mit dem Fürsten Herbert von Bismarck nahe verwandt ist. In den Weihnachtsferien hat sie sich, mit einem Engländer verlobt, wird in Kürze nach Wales überfiebern und das Studium mit dem Ehering verkaufen. — Ein hiesiger Besitzer eines Landhauses hat vor kurzem eine Statistik über die Müßiggänge aufgestellt. Eine seiner Kaken hat in den letzten drei Monaten ihren beiden Jungen allein 1080 Müsse gebracht, das sind im Durchschnitt täglich 12 bis 15 Müsse.

Badnang, 21. Jan. Zeitungs-Jubiläum. Die in Badnang erscheinende Amtszeitung „Der Württembergische“ erscheint in diesem Jahr im 100. Jahrgang. Das Blatt befindet sich seit vielen Jahren im Besitz der Familie Stroth.

Gmünd, 21. Jan. Ueber 3000 Arbeitslose. Das neue Jahr hat eine weitere Steigerung der Arbeitslosen im Bereich des Arbeitsamts Gmünd, das die Oberämter Gmünd, Schorndorf, Weilheim und Gaildorf umfaßt, gebracht. 3240 Menschen sind arbeitslos, 1312 beziehen Kurzarbeiterunterstützung und 110 sind als Metallarbeiter untergebracht. In der Edelmetallindustrie konnten entlassene Arbeiter wieder zurückgerufen werden.

Die billige Theaterstadt. Aus dem Jahresbericht der Theatergemeinde Gmünd geht hervor, daß unsere Stadt eine der billigsten Spielstädte bei der württembergischen Volksbühne ist. Die Preise können deshalb so niedrig gehalten werden, weil die Zahl der festen Abonnenten im letzten Jahr weiter gestiegen ist. Das vergangene Spieljahr zählte 247 Mitglieder, während für das Jahr 1931 266 feste Theaterbesucher angemeldet sind. Außerdem verfügt die Theatergemeinde Gmünd über einen großen Stamm von nichtabonnierten Freunden, die besonders bei den neu eingeführten Opern- und Operettenaufführungen durch die Stadttheater Ulm und Heilbronn sehr zahlreich waren.

Heilbronn, 21. Jan. Schöden. Wie man hört, schweben zur Zeit Verhandlungen zwischen der Postverwaltung und der Interessengemeinschaft der Kaufhäuser Schöden wegen des alten Restarpostamts, das im Fall erfolgreicher Verhandlungen zu einem Kaufhaus umgebaut werden soll. Wie man weiter hört, soll sich das Kaufhaus auch mit dem Gedanken des Erwerbs des Kaufhauses Palais an der Kaiserstraße tragen.

Januar

22

Donnerstag

Wichtige Tagesnotiz:

Nur noch bis Samstag können Sie die Braugsbestellung auf den „Gesellschafter“ für den Monat Februar erneuern, wenn Sie

1. auf eine ununterbrochene Zulieferung Wert legen und
2. eine Sondergebühr der Post ersparen wollen.

Feuerbestattungsstatistik. Nach der Statistik des Deutschen Städtetags haben im Jahr 1930 in den deutschen Krematorien 53 203 Einäscherungen stattgefunden, davon 28 291 Männer, 23 613 Frauen und 1299 Kinder. In demselben Jahre wurden 10 Krematorien neu eröffnet. Am 31. Dezember 1930 waren in Deutschland 104 Krematorien vorhanden. In Stuttgart wurden im Jahre 1930 die Leichen von 1034 erwachsenen Personen und 16 Kindern feuerbestattet gegenüber 2208 bzw. 645 Erdbestattungen.

Mord und Selbstmord. In einem Haus der Forststraße hat gestern abend der im 4. Stock in kinderloser Ehe lebende Kaufmann Sigel seine Frau und dann sich selbst erschossen. Dem Vernehmen nach soll es zwischen dem Ehepaar, das wirtschaftliche Not nicht drückte, öfters Streitigkeiten gegeben haben, und man nimmt an, daß die blutige Tat nach einem solchen Streit erfolgt ist.

Die Flucht aus dem Leben. In Cannstatt in der Ruhrstraße erschoss eine alleinstehende Dame, die zu Schwermut neigte, ihr zwölfjähriges Kind, ihren Hund und sich selbst. — Ein junger Student in der Kornbrotstraße, der von einem

3 Frauen gingen ihren Weg

Roman von Jise Schuater

(Fortsetzung 24) (Nachdruck verboten.)

Von unten scholl Ruf. „Fertig!“ schrie einer durch die hohle Hand. Otern feuerte die Leuchtzylinder ab — Wie ein Pfeil schoß Bergliot Warren über die erstarrten Wasser — man sah sie nur, wenn die Strahlenbündel von Altershus wie helle Finger über das Fjord wiesen.

„Fünf Minuten“, sagte Otern in die Stille, Lüdeling schwieg. Jemand kam die Treppe zur Terrasse heraus. Unter seinen Tritten klirrte der feste Schnee wie Glas. Morwinger stellte sich neben ihn. Drei Männer versuchten das Dunkel da draußen zu durchdringen, suchten nach einer Frau — der eine in Sportbekleidung, der andere in zehrender Leidenschaft, der dritte — schrie plötzlich auf: Bergliot — Bergliot! — Lähmendes Entsetzen fiel über sie her.

„Allmächtiger Gott, der Eisbrecher! Die Bipperrifen-fahre ist offen — da — da —“

Aufföhnend wandte er sich ab. Nur Lüdeling sah es. Breit stoß das helle, weisende Licht über das Fjord. Wie ein dunkles Band lag das offene, befreite Wasser über der weiten glühenden Fläche. Ein Mensch war die Arme empor — den Körper zurück — war das nicht ein heller Schrei? — verjant — Dunkel —

Lüdeling griff in das Holz der Brüstung. Mit leisem Klirren schlug die Taschenlupe auf — einmal — zweimal. Das Licht glitt weiter — streifte über sie hinweg — verschwand — als er sich umdrehte, war er mit John Morwinger allein. Minuten verrannen — oder waren es Stunden?

„Neben Sie endlich — Morwinger, wollten Sie etwas von mir — es ist ja nun doch alles — vorbei —“

„Überallhin bin ich ihr gefolgt, über Land und Meer. Überall bin brachte sie Unheil. Sie hat wohl nie geliebt —“ Morwinger sah in das nächtliche Schweigen, gültige Dunkelheit deckte eine Tragödie zu.

„Kannten Sie denn — Bergliot?“

„Koll ruhten die Blicke der Männer ineinander. Lüde-

ling schwanke ein wenig, denn Dr. John Morwinger jagte langsam und verlonnen: „Sie war — meine Frau.“

Vor dem breiten Portal der Musikhalle am Hofstap lagten Privat- und Mietwagen. Es war ein fortwährendes Hin und Her festlich gekleideter und hochgestimmter, zum mindesten erwartungsvoller Menschen. Furtwängler war da und dirigierte Schuberts „Annoellen“. Viele kamen des großen Dirigenten wegen, viele, weil es zum guten Ton gehörte, besondere Anlässe zu benötigen, die höchst eigene Person zu zeigen, die meisten aber doch Schuberts wegen und weil ein Großer ihn wieder einmal erweckte. Es fehlten nur noch wenige Minuten, und da die Saaltüren pünktlich geschlossen wurden, war in den Garderoben unruhiges, hastiges Drängen.

Im letzten Moment sprang Werner Armscher die Treppe herauf, half seiner Begleiterin aus dem kostbaren Pelz und warf der Garderobefrau Utter und Hut zu. Während er zahlte, stand Gunte Henken vor dem Spiegel und ordnete flüchtig den brünetten Bubensopf. Sie war zufrieden mit sich. Das lachsarbene Kleid mit der silbernen, schweren Bordüre an Ausschnitt und Rocksaum stand gut zum Teint ihres niedlichen Gesichtchens. Auch um Armschers Mund ging ein gefälliges Lächeln, als er sie stehen sah.

Sie waren ziemlich die letzten. Schnell nahmen sie in der Mitte der ersten Reihe ihre Plätze ein; hinter sich erkannte Armscher Sabille Westertamp. Er grüßte höflich — leicht neigte sie den dunklen Kopf.

„Anangenehm“, dachte Armscher, der Konzertbesuche so wie so nicht liebte. Ein leises Rascheln noch von Programmen, da und dort ein flüchtiges Wort, Furtwängler betrat das Podium. — Sich mehrmals dankend verneigend, nahm er den warmen Empfang der Hamburger an. Leise klopfte er ab — Schubert hatte das Wort.

Nach fand Sabille Westertamp den Kontakt nicht zur geliebten Musik. Daß Armscher vor ihr sah, irritierte sie, und als er seiner Begleiterin helfend den Schal um die schmalen Schultern legte, dabei an seiner Hand den glatten Goldreif blitzen sah, fühlte sie nach dem Brief in ihrer Tasche. Sie trug ihn immer bei sich.

„Heute ist irgendwann, Trude Henning.“

Sie neigte den Oberkörper und schloß die Augen. Ihre Hände lagen weiß und still im Schoß. Da war nichts mehr, was sie auch nur einen Ton dieses wunderbaren Wertes verlieren ließ. Die „Annoellenbete“ war ihr Höhepunkt jeder Musik. In den gnadenreichen Melodien ver-

lant sie, alles Herbe, Verschlossene nahmen sie ihr ab, wie Ketten, die sie sonst nicht spürte. „Wenn John mithören könnte“ — so hatte sie oft bei Lüdelings im Musikzimmer geessen. Dann krünte ihr ein namenloses Gefühl vom Herzen in die Hände, daß in ihrem Spiel etwas mitzitterte, was nicht zu ihr passen wollte. Bernst Lüdeling hatte seine Schwägerin oft verlohnen gemultert, wenn sie aus dem einsamen Flügelzimmer kam. Gesagt hatte er nie etwas. Sie spielte auch nur, wenn sie allein war. Als im Saal der letzte Ton verweht war und die Menschen in Beifallsstürme ausbrachen, beugte sich Sabille vor und jagte gelassen, aber so, daß Werner Armscher sofort aufstand: „Ich möchte Sie für ein paar Minuten sprechen, Herr Armscher.“

Das neben ihm sitzende Mädchen sah erstaunt auf, blieb aber zurück, als ihr Verlobter kurz abwinkte. Sabille ging voran, die Treppe zum Rang hinauf, und trat in eine leere Loge. Erst dann drehte sie sich Werner Armscher zu.

„Falls Sie eine Erklärung wünschen, gnädiges Fräulein —“

Sie hob die Hand. „Die sind Sie mir nicht schuldig.“ Sie nahm aus der roten Saffiantasche Trude Hennings Brief. Als der Mann die Schrift erkannte, trat er zurück: „Ich muß leider die Annahme dieses Briefes ablehnen.“

In Sabille Westertamps helle Augen schoß ein hartes Licht. Ihre Lippen wurden schmal.

„Sie werden den Brief nicht nur annehmen, sondern auch lesen, Herr Armscher. Einer Toten verweigert man das letzte Wort nicht.“

Sie fühlte ihre Handgelenke schmerzhaft umspannt, das Gesicht des Mannes verlor allen Hochmut und war verzerrt.

„Soll das heißen, daß Trude — tot ist.“

„Nach dem Christfest ist sie eingäschert worden.“

Werner Armscher taumelte zurück, als habe er einen Schlag vor die Brust bekommen.

„Das — nein, das hat die Trude — nicht getan. Das — nicht! Sie kann doch nicht mein ganzes Leben verpfuschen wollen —“

Geringschätzig musterte sie den Mann, wie klein er doch war. Trude, um diesen Mann all dein Leid —

„Ob Trude Henning, die meine Freundin war, an Ihr Leben gedacht hat, als sie den Tod suchte, weiß ich nicht. Der Brief wird Ihnen schon sagen, ob sie mit einem Fluch oder einem Segen ging.“

(Fortsetzung folgt).

Seite 3
Heiß
73 Jahre
großhan
war ein
von He
Berg
Friedhof
Eler
bach er
P. Bert
kanerpr
stolen er
4. Okt
und Kre
Dell
Bel
Sonnt
aus G
arbeitsl
und bek
lohnung
Von
nut zu
halter in
danken,
deren ve
anguwen
pensfiter
und sich
Lchhab
Deu
Scheuer
weien d
solge B
und we
Tom
Barn
3 m
„Die
Ehepaar
wohnt
uns, dri
lichem V
Wohnun
die sich
auf die
selbst zu
solchen C
— Im
Kaufbeu
lagernde
Al
jals
Der
Strehm
Ruhe in
der Real
an dem
tlichen O
joldung
Man
Ein
hohle S
Vorjahr
als ob p
wäre, al
die jew
fähige u
schem W
müßte d
Nähe de
schen Bo
wir müß
Erziehu
wollen u
es auch
lobge, die
lsgesige
ernster
heit ring
tag Abe
Allen
Die Bier
stätt. Sp
wid des
Diensten
als Muß
Heimere
rat nimm
wirtschaft
lungsum
1931, auf
Bermessu
meßlungs
bestellt
w
fürgefes
sen. Sie
lung der
Das Bür
und die
stätt. La
solche Be
durch Rei
die auf I
wären. —
mine zur
Badhaus
mit dem
Kaufver
jamt Geb
6 000 939

in sich die Sache so in Erde machte. Der „Nationalist“ in einem Bericht über Schwarzrotgold ardt aus Magdeburg über die Ra- und diesen Aus- wigsburg, Mitglied geümt.

Teufelungen getan en, daß Hitler und Bauer erklärt überberde nicht über- tgleifungen

us Hohenheim. chschule, der Sohn plich so geistes- werden mühte. — Verwandte des Landwirtschaftlichen hener ausländischer fin aus Georgien, rachtet der Filder- fischen Linie in Un- die nach deutscher Bismarck nahe ver- sie sich, mit einem Bolos überfiedeln ausden. — Ein hier- zent eine Statistik e seiner Rehen hat Jungen allein 1080 it täglich 12 bis 15

ubildum. Die „Der Murrstade“ ung. Das Blatt der Familie Strah- ebeitslose. Das der Arbeitslosen im as die Überämter hildorf umfaßt, pe- 312 beziehen Kurz- ortstandsarbeiter konnten entlassene

Aus dem Jahres- hervor, daß unsere der württembergi- deshalb so niede- en Abkommen im gungene Spieljahr Jahr 1931 266 feste verdem verfügt die rohen Stamm von s bei den neu ein- rungen durch die lreich waren.

man hört, schwe- der Postverwaltung aufhäuser Schoden n Fall erfolgreicher abant werden soll. haus auch mit dem alais an der Kaiser-

men sie ihr ab, wie ann John mithören s im Musikzimmer loses Gefühl vom Spiel etwas mitzi- Berni Rückfing gemütert, wenn kam. Gelagt hatte nn sie allein war. war und die Ren- enzte sich Enbille Berner Armsher so-

aten sprechen, Herr jah erlaubt auf, rz abwinkte. So- hinauf, und trat sich Berner Arm-

Heilbronn, 21. Jan. Todesfall. Im Alter von 73 Jahren ist der Wittinhaber der Fa. Gustav Fuchs, Eisen- grothandlung, Albert Fuchs, gestorben. Der Verstorbene war ein begeisterter Bergsteiger und Mitbegründer der Sek- tion Heilbronn des Deutsch-Oesterreichischen Alpenvereins. Wegen schlechter Gesundheitsverhältnisse hat sich auf dem Friedhof ein hiesiger Fuhrunternehmer erschossen.

Erlenbach, 21. Jan. Rektorium. Ein Erlen- bacher zum Bischof ernannt. Unser Landsmann P. Berthold Bühl, O. F. M., Mitglied der bayer. Franzis- kanerprovinz, ist zum Apostol. Vikar von Chiquitos in Bol- ivien ernannt worden. Der neue Bischof ist geboren am 4. Oktober 1885 als Sohn der Weingärtnerseheleute Robert und Crescentia Bühl in Erlenbach.

Uettingen, 21. Jan. Heidenheim. 21. Januar. Schäbige Belohnung. Durch die starken Schneeverwehungen am Sonntag blieb unter anderen Autos auch das eines Herrn aus Uettingen an der Steige stecken. Es bemühten sich vier arbeitslose Männer, dem Auto wieder freie Bahn zu machen und bekamen, wie der „Vrentsalbote“ berichtet, als Belohnung 27 Pfennig.

Von der bayrischen Grenze, 21. Jan. Man muß sich nur zu helfen wissen. — Brand. Ein Geflügel- hatter in einem schwäbisch-bayrischen Dorf kam auf den Ge- danken, den Vippensitt bei seinen alten Hühnern, deren verrottete Kämme das hohe Lebensalter verrieten, anzuwenden. Der Schlauberger färbte mit Hilfe des Vippensittes seiner Tochter die Kämme in ein lebhaftes Rot, und siehe da, im Handumdrehen fanden sich auf dem Markt Liebhaber für die bisher verächtlichen Hühner. — In Deubach bei Jahnhausen ist am Sonntagabend das aus- schauer, Stall und Wohngebäude bestohende landm. An- wesen der Witw. Viktoria Weimayer, wahrscheinlich in- folge Brandstiftung, vollständig abgebrannt. Nur das Vieh und wenige Mobiliar wurde gerettet.

Vom bayerischen Allgäu, 21. Januar. Zeitige mäßige Warnung. — Brand. Das Bürgermeisteramt Memmstadt erläßt folgende Bekanntmachung: Die Tatsache, daß hier eine große Zahl junger Ehepaare, zum Teil mit Kindern, in Untermiete wohnt und dort unter Kaumot zu leiden hat, veranlaßt uns, dringend darauf zu warnen, daß Verlobte in so jugend- lichem Alter und ohne sichere Aussicht auf Erhalt einer Wohnung heiraten. Wer trotz dieser Warnung heiratet, hat die sich ergebenden Schwierigkeiten, insbesondere in bezug auf die Anzulänglichlichkeit der Unterbringung der Familie, selbst zu tragen. Das Wohnungsamt ist nicht in der Lage, solchen Ehepaaren vorzugsweise eine Wohnung zuzuweisen. — Im Lagerhaus der Bayerischen Warenvermittlung in Kaufbeuren brach infolge Funkenflugs Feuer aus; 20 dort lagernde Torfmüllballen sind verbrannt.

Aus Stadt und Land

Magd, den 22. Januar 1931.

Schon mancher verlor die vor der Ironie des Schick- als das Leben.

Dienstnachrichten.

Der Herr Staatspräsident hat den Bezirksnotar Brechm in Wildbad seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzt und eine Studienratstelle an der Realschule in Wildbad dem Studienrat Dr. Klein an dem Realgymnasium und der Oberrealschule mit städtischen Oberklassen in Sibirach unter Beförderung in Besoldungsgruppe 4a übertragen.

Staatspolitischer Vortragsabend

Man schreibt uns:

Ein großer Teil unseres Volkes wertet heute Worte, hohle Schlagworte, wie Taten und kennt im Spenden von Vorkühlsforberern keine Grenzen. Fast will es scheinen, als ob zur Ueberzeugung des Wählers nichts weiter nötig wäre, als bodenlos über das Bestehende zu schimpfen, die jeweils verantwortlichen Regierungsträger als Un- fähige und gar Schlechte hinzustellen. Sollte dieser An- schein Wirklichkeit werden, was wir nicht hoffen wollen, müßte die parlamentarische Regierungsweise bis in die Nähe der Null eingeschränkt werden. Wir von der Deut- schen Volkspartei möchten dies verhindern; im Gegenteil, wir mühen uns um die Würde der Volkregierung durch Erziehung eines verantwortungsbewußten Wählers. Wir wollen uns den Glauben nicht nehmen lassen daran, daß es auch heute noch große Kreise von Männern und Frauen gibt, die nicht nur dahin gehen, wo nur aufgetrumpft und losgezogen wird, sondern auch dahin, wo man in sachlich ernster Weise über Tatsachen spricht und um die Wahr- heit ringt. Daher kommen Sie in großer Zahl am Sams- tag Abend zu unserer Veranstaltung. Gr.

Altensteig, 21. Jan. Gemeinderatsitzung am 16. Januar. Die Dienstausweisung für die Beamten und Angestellten der Stadt. Sparkasse ist überholt und erneuerungsbedürftig. Diese wird deshalb aufgehoben. An deren Stelle tritt eine neue Dienstausweisung, welche vom Sparkassen- und Giroverband als Mutter herausgegeben und vom Gemeinderat mit einigen kleineren Änderungen übernommen wurde. — Der Gemein- derat nimmt von einem Erlaß der Zentralstelle für die Land- wirtschaft Kenntnis, wonach infolge Aufhebung des Vermes- sungsamts für Feldbereinigung in Wildberg auf 1. Januar 1931, anstelle von Landmesser Sprandel, der Vorstand des Vermessungsamts für Feldbereinigung in Herrenberg, Ver- messungsgat 633, zum Feldmesser der Volksgesamtkommission bestellt wurde. — Der hiesige Hausfrauenverein hat der Orts- fürsorgekasse zur Verwendung für Ortsarme 40 RM. überwie- sen. Sie werden mit Dank angenommen und bei der Vertei- lung der Konfirmantenkleidergelder mitverwendet werden. — Das Bürgermeisteramt sah sich infolge der Zunahme der Zahl der Wohlfahrtsvereine gezwungen, das Stadtbauamt und die Stadt. Fortverwaltung anzuweisen, mit den laufenden städt. Tagelohnarbeiten (nicht Holzhauearbeiten) nicht mehr solche Personen zu beschäftigen, deren notwendiger Unterhalt durch Rente und dergl. gesichert ist, sondern nur noch solche, die auf Unterstützung durch die Ortsfürsorgekasse angewiesen wären. — Nachdem am 12. und 13. Januar die beiden Ter- mine zur Versteigerung des städt. Bauplatzes samt dem städt. Rathaus am Wilhelmplatz abgehalten wurden, fand heute mit dem Bieter, Apotheker Schiler, hier, eine weitere Kaufverhandlung statt. Apotheker Schiler kaufte den Platz samt Gebäude, welches abzubrechen ist, um den Preis von 6000 RM. und übernahm dabei die Verpflichtung zur Ueber-

bauung des Platzes innerhalb 2 Jahren mit einem Gebäude, welches sich in das dortige Stadtbild gut einfügt. Der städt. Beirathen auf dem Bauplatz wird auf Kosten der Stadtge- meinde versetzt und zwar auf den gegenüberliegenden städt. Platz an der Poststraße bei der daselbst befindlichen Plak- tische. — Stadtkonzeptsrat Dr. Schneider hat seine Wohnung im städt. Elektrizitäts-Werk gekündigt, da er eine andere Wohnung mietete. — Der Vorsteher führt aus, er habe die Gemeindevorlage pro 1930 bis jetzt nicht fertigen lassen, weil es durch den Einspruch des Oberamts gegen den Haushalts- plan immer noch nicht sicher gewesen sei, ob der Gemeindevor- lagefuß von 20 Proz. nicht noch geändert werde. Nachdem aber nach der neuen Kotverordnung auch das Oberamt an dem Gemeindevorlagefuß nicht mehr ändern könne, werde die Steuerumlage mit aller Beschleunigung gefertigt werden. — Ueber den etwa 3 wöchigen Urlaub von Stadtbaumeister Henckler wurde dessen Sohn, Paul Henckler zum Stellver- treter bestimmt.

Oberaltheim, 21. Jan. Politische Versammlung. Am ver- gangenen Samstag Abend hatte die NSDAP. in das Gasthaus „Kaiser“ eine öffentliche Versammlung einberufen. Der Redner, Landwirt Stehle aus Mittelbronn bei Haingerloch, sprach über das Thema „Fort mit dem Hungertode — Neue Männer an die Spitze!“ Die Ausführungen beschäftigten sich mit der vorbildlichen und glücklichen Vorkriegslage Deutsch- lands, dessen Nachstellung, sowie dem Niedergang unseres Va- terlandes und mit dem Grunde hierfür. Des weiteren behan- delte er die Richtlinien für einen deutschen Wiederaufstieg. Die Wirtschaft der alten Regierungsparteien während der letzten 12 Jahre könne nicht mehr länger mit solcher Gleich- gültigkeit hingenommen werden. Diese Politik sei eine un- deutsche gewesen, weil die Parteien immer nur Eigeninter- essen verfolgt hätten. Des Redners Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die in der Diskussion auf- geworfenen Fragen erfuhr durch den Redner ohne jegliche Umgehung eine sachliche und klare Beantwortung. Als sehr gut war der Versammlungsbefehl zu bezeichnen, denn auch Uniformierte von Magdold und hier waren zu bemerken. Die Versammlung zeigte, daß die NSDAP. in unserem Ort festen Fuß zu fassen beginnt.

Bei Husten Carmol-Katarrh- pastillen

Mödingen, 21. Jan. Die Generalversammlung der Klein- überflühenabteilung fand am Sonntag, 18. Januar, im Gast- haus „Röhle“ statt. Der 1. Vorstand, Hauptlehrer Kueß, begrüßte die Versammlung und gedachte auch in kurzen Wor- ten des Tages der Reichsgründung. Weiter gab er einen Rückblick über das abgelaufene Vereinsjahr. Hierauf folgte der Bericht des Schriftführers Martin Wagner; alle Ver- einsangelegenheiten waren darin ausführlich erwähnt. Kassier Wilhelm Schweikert erstattete den Kassenbericht, der in- folge der Erweiterung der Schließstände keinen allzu großen Kassenbestand aufwies, dafür aber ein Vereinsvermögen von über 1000 M. zeigte. Durch Ehrenvorsitz Altmühlhäusl Chri- stein wurde Entloftung erteilt. Anschließend konnte ein neues Vereinsmitglied, Gottfried Teusel, aufgenommen werden; wir hoffen, daß im Laufe des Jahres noch weitere folgen. Der außerordentlichen Leistungen einzelner Schützen des Vereins gedachte der Militär. Kriegerbund in ehrender Weise; durch den Vorstand kamen zur Verteilung: Die kleine bronzene Medaille an Friedrich Bauer und Ernst Käl- ler, die bronzene Ehrennadel an Ernst Bauer, Martin Wagner und Georg Stanglmaier. Nun wurde zur Wahl geschritten, die durch den Rücktritt des 1. Vorstands nö- tige wurde. Georg Stanglmaier wurde zum ersten Vor- stand gewählt, Andreas Morlod, Deilmüller, durch Zufall zum 2. Vorstand, ebenfalls durch Zufall Johann Schweikert zum Vereinsdiener. Bei Punkt „Verschiedenes“ wurde

dann noch der Wunsch geäußert, daß in Zukunft den Jung- schützen beim Preisfinden Gelegenheit gegeben werden soll, in einer besonderen Klasse zu schießen. In schöner Harmonie lösten dann die Schützenkameraden lange noch beisammen.

Herrenberg, 21. Jan. Ortsvorsteher-Versammlung. Bei der letzten, am 9. Dezember 1930 stattgefundenen Versammlung der Ortsvorsteher und Körperschaftsbeamten wurde bestimmt, daß mit Rücksicht auf die bewegten Zeitverhältnisse, allmonat- liche Versammlungen stattfinden sollen. Am 17. Januar ds. Js. fanden sich deshalb die Mitglieder der beiden Vereine un- ter dem Vorsitz von Bürgermeister Schilf, Herrenberg im Gasthof zum Ochsen in Herrenberg zusammen, um zunächst einen Vortrag von Bürgermeister Krohmer-Entringen über einen Teil der neuen Gemeindeordnung (G.O.) entgegenzu- nehmen. Kollege Direktor Straßer, sowie Kollege Bürger- meister Kötter, Kagh, beglückwünschte er zu ihrem 25 bzw. 20jährigen Dienstjubiläum. Bürgermeister Krohmer hielt so- dann ein ausgezeichnetes Referat über die sehr wichtigen Be- stimmungen der G. O. Ortsvorsteher und sonstige Gemeinde- beamte herr. unter besonderer Hervorhebung der Änderungen gegenüber dem alten Recht. — In der nächsten Versamm- lung spricht Bürgermeister Obermüller-Entringen über Art 202, 206 G. O. Bürgermeister Stumpf-Mödingen hat sich bereit erklärt, rechtzeitig vor den in diesem Jahre stattfindenden Gemeinderatswahlen einen Vortrag über das neue Ge- meindewahlrecht zu halten. — Der Vorsitzende gibt im An- schluß an den Vortrag von Kollege Krohmer einen Ueberblick über den Inhalt der Kotverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930, namentlich über die Gemeindeverwal- tung berührenden Bestimmungen. Die Versammlung ist sich darin einig, daß Bier- und Bürgersteuer, namentlich letztere, überall da eingeführt werden sollte, wo die Balance im Ge- meindehaushalt durch die Verfüzung der Steuereinnahmen und ungedeckte Ausgaben auf die Wohlhabenderen abge- löst worden ist. Bei einer weiteren Erhöhung der Biersteuer auf 10 RM. pro Hektoliter wurde gewarnt, da eine zu starke Besteuerung des Bieres zu einem weiteren Konsumrückgang und deshalb zu Einnahmeausfällen trotz des hohen Steuer- zuges führen könne. Tief bedauert wurde der in Aussicht ge- sehene Verlust der bewährten kommunalen Besteuerungsgrund- lagen durch das sogenannte „Steuereinfachungs- u. Steuerberein- tigungsgesetz“. Die Versammlung hofft, daß diese Bestim- mungen der Kotverordnung eines Tages wieder aufgehoben werden. Nichts soll unverzagt gelassen werden, um dies zu erreichen.

Ahlborn, 21. Jan. Im Schneesturm verirrt. Wie leichtsinnig die Schrecken eines heftigen Schneesturms bei Nacht, inmitten einer Einde, sind, sollte ein Auswärtiger, der in der Abendstunde des Sonntags, etwa gegen 19 Uhr von Spach herkam, erfahren. Der Mann wollte rasch nach Ahldorf und möglichst den Waldweg Spach-Ahldorf durch den Forst- Anten im Walde konnte der Mann gut den Spuren irgend welcher Personen nachgehen, auch war das Gebüsch inmitten der Tannenkulturen kaum bemerkbar. Erst als der Fußgänger aus dem Walde heraustrat und die Stelle überquerte, wo sich die Ahldorf-Bierlinger Wasserleitung zu Tale zieht, setzte plötzlich ein besonders heftiges Schneetreiben ein, alle Spuren waren verweht, kein Weg und Steg konnte man mehr sehen, der Sturm heulte von Nordwesten, heinade senkrecht wurde in dichtem Schauer der Schnee durch die kalte Luft getragen, dem Mann riß es das Gesicht auf, zu allem Unheil hin kam gerade zu weit rechts gegen die Wälder Mühlens zu, wo er in beinahe 90 Zentimeter tiefe Schneewehe, verlor in Wä- dern und Gräben. In der Verzweiflung rief der Verirrte laut um Hilfe! Vergebens! So irrte der Fußgänger volle 1 1/2 Stun- den im freien Felde und in den Schütden umher. Endlich sah der Dabertamelnde ein größeres Feldkreuz, von da aus ging der Passant wieder eine Zeitlang in nordwestlicher Richtung vorwärts, als glücklicherweise der Lichtschein von Ahldorf sichtbar wurde. Der Mann sah mehr einem Schneemann gleich und sank in Ahldorf, wo der Schneesturm kaum bemerkt wor- den war, heinade zu Boden!

Letzte Nachrichten:

Die Berliner Blätter zur Genfer Minderheitendebatte

Scharfe Zurückweisung der Anwürfe Jaleskis gegen Hindenburg.

Berlin, 22. Jan. Die Berliner Abendblätter berichten ausführlich über die Rede des deutschen Außenministers im Völkerbundrat. In den Kommentaren, die zumeist von den Genfer Vertretern der Blätter stammen, wird den Ausführungen des Ministers allgemein zugestimmt. Soweit zu der Antwortrede des polnischen Außenministers Jaleski Stellung genommen wird, wird die Hinein- ziehung des Reichspräsidenten von Hindenburg und dessen Gegenüberstellung als Ehrenmitglied des Stahlhelms mit dem Vorsitzenden der polnischen Aufständischenverbände Gracynski aufs schärfste zurückgewiesen, da es der Ehre und Würde des Reichspräsidenten zu nahe trete.

Die Rede des deutschen Außenministers findet auch in der Reichspresse grundsätzlich Anerkennung. Die Deutsche Tageszeitung betont, daß die Anklage es an Deutlichkeit und Schärfe nicht fehlen lasse. Der Volksanzeiger schreibt, man kann den weißen Ausführungen nur zustimmen. Beide Blätter geben jedoch der Ansicht Ausdruck, daß Dr. Curtius an einzelnen Stellen die deutschen Forderungen hätte schärfer untreiben sollen. Auch die Völkervereinigung ist der Ansicht, daß die Rede zweifellos starken Eindruck gemacht habe. Allerdings scheint die Sorge berechtigt, in welchem Umfange es gelingen werde, nun auch wirklich praktische Forderungen zu erreichen.

Die „Germania“ fordert, daß der Rat jetzt Farbe be- kennen müsse, wenn Deutschland nach ein Interesse an weiterer Mitarbeit haben solle. Wenn der Völkerbundrat schweige, werde Deutschland seine Forderungen auf- heben oder brechen durchkämpfen müssen. Das „Tage- blatt“ nennt die Rede scharf in der Klarstellung und vor- schlag in den Konklusionen und Anträgen. Der Völkerver- einigung bezeichnet als einen besonders glücklichen Abschluß der Rede die Zurückweisung der polnischen Befauptung, daß die deutsche Konfessionsanmeldung, die auch von War- schau nicht gelegentlich scharfer Verfehlungen verschuldet habe. Der Rat werde sein Augenmerk in erster Linie auf das Zusammenwirken der polnischen Behörden mit den Aufständischen und die Bestrafung der schuldigen Beam- ten zu richten haben.

Protestkundgebungen gegen die Auflösung des Heidel- berger ASTA.

Heidelberg, 22. Jan. Die vom badischen Kultmini- stium verfügte Auflösung des Allgemeinen Studentenau- schusses (ASTA) war die Veranlassung zu einer Kund-

gebung, die gestern nachmittag auf dem Universitätsplatz stattfand. An der Versammlung, die vom Aktionsausschuß der Nationalen Studentenschaft einberufen war, nahmen etwa 100 Studenten teil, die gegen die Auflösung des ASTA protestierten. Mit Rücksicht darauf, daß Versamm- lungen unter freiem Himmel verboten sind, sah sich die Polizeibehörde veranlaßt, gegen die Demonstranten ein- zuschreiten und den Platz von der Menge zu räumen, wobei es zu lebhaften Zusammenstößen kam. Im An- schluß an die Kundgebung fand bei dem Rektor der Uni- versität eine Besprechung mit den Vertretern des Akade- mischen Ausschusses statt.

Wieder ein Raubüberfall in Berlin.

Berlin, 22. Jan. Die Raubüberfälle in Berlin folgen sich in letzter Zeit in erschreckender Weise. Nachdem sich erst der aufsehenerregende Raubmord in einem Kintheater ereignet hat, drangen gestern Abend gegen 7 Uhr zwei junge Burshen, die mit Pistolen bewaffnet waren, in das Buttergeschäft Hoffmann in der Salzburgerstraße 18, Esse Wartburgstraße ein, hielten die mit dem Tagesabschluß beschäftigten drei Verkaufserinnen mit ihren Waffen in Schach und raubten die gesamte Tageskasse von 200 M. Wie in dem Neuföllner Fall konnten auch hier die Täter mit ihrer Beute unerkannt das Weite suchen.

An der oberniederrheinischen Grenze haben polnische Truppen eine neue Grenzverletzung begangen.

Bei einer Infanterie- übung dicht an der Grenzlinie gingen etwa 20 Mann auf das deutsche Gebiet hinüber und hielten sich dort längere Zeit auf.

Halbamtlich wird die Meldung von einer Erhöhung des Beamtenlohns, von der viel gesprochen wird, für unbegründet erklärt.

Auch der Genfer Bericht, daß Dr. Curtius mit Briand über eine deutsche Anleihe gesprochen habe, wird als unrichtig bezeichnet.

Von verschiedenen Seiten wird gemeldet, Dr. Curtius habe mit Briand in Genf über eine französische Goldanleihe an Deutschland gesprochen. Es soll sich um einen Betrag von zwei Milliarden oder mehr handeln. — Die Nachricht ist amtlich nicht bestätigt, sie gewinnt aber an Wahr- scheinlichkeit, daß der Fehlbetrag des Reichs trotz der Notver- ordnungen vom Reichsfinanzministerium auf eine Milliarde Mark angegeben wurde. Daß eine solche Anleihe für Deutschland von sehr ernster politischer Bedeutung wäre, bedarf keiner Begründung.



Handel und Verkehr

79 Milliarden Schulden

Das Statistische Reichsamt beziffert den Gesamtbeitrag der am 30. September 1930 von der öffentlichen und privaten Wirtschaft geschuldeten Kreditbeträge auf 71,4 Milliarden RM.; davon entfallen 18,7 Milliarden auf den Umlauf an Schuldscheinen, 17,5 Milliarden auf kurzfristige Bankkredite, 4,6 Milliarden auf Hauszinsverleihungen und 1,8 Milliarden auf die Schulden des Reichs bei der Renten- und Reichsbank, sowie Münzumlaut. Zu dem Gesamtbeitrag sind als wichtigste Kosten noch die Anlagen der Invalidenversicherung und der Reichsversicherungsanstalt für Arbeiter zu rechnen, die die Aufwertungsbestände der Sparkassen sowie die Kredite der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften und der Kreditbanken, die keine Zwischenbilanzen aufstellen, hinzuzurechnen. Ende 1929 betragen die Kredite der nichtberufstätigen Banken um rund 7,4 Milliarden RM. Gegenwärtig dürfte sich somit die Gesamtschuld auf etwa 79 Milliarden belaufen. Im Vergleich mit den Vorjahren hat sich der Gesamtbetrag beträchtlich erhöht. Ende September 1928 erreichte die Summe der zusammengefaßten Kredite erst 55,1 Milliarden RM., bis zum 30. September 1929 erhöhte sie sich auf 64,3 Milliarden RM.

Bei der öffentlichen Wirtschaft hat sich die Kreditaufnahme im letzten Jahr um 11,3 v. H. bezw. 2993 Mill. RM. erhöht. Dagegen hat sich bei der privaten Wirtschaft der Kreditzugang von 6315 Mill. RM. auf 3394 Mill. RM., d. h. um 46,3 v. H. erniedrigt. Der raschenden Verschuldung der öffentlichen Wirtschaft steht also eine relativ sinkende Verschuldung der Privatwirtschaft gegenüber.

Die Zunahme der Kredite ist an sich nicht ungünstig auszuwerten, weil die Refinanzierung der Verschuldung, soweit sie sich auf das Ausland bezieht, eine erhöhte Sparfähigkeit ist, d. h.

weil den Schulden in gleich steigendem Umfang Forderungen gegenüber stehen. Maßgebend allein für die Beurteilung der Verschuldung ist die Verwendung der Kredite. Darüber aber gibt die statistische Erfassung keine Auskunft, abgesehen von der Feststellung der Zunahme öffentlicher und des Rückgangs privater Kredite, eine Feststellung, die allerdings nicht auf eine bessere Produktivität der Kredite hinweist.

F. Versicherung für Pelztierzucht. Die Edelpelztierzucht gewinnt in Deutschland selten Boden, und somit ist die Forderung berechtigt, die Tiere zum Ruhen für die Züchter versichern zu lassen. Augenblicklich werden für Versicherungen, die mit ausländischen Unternehmen abgeschlossen und sehr kostspielig sind, hohe Prämien gezahlt. Dies wäre nicht der Fall, wenn in Deutschland ein Versicherungsgesetz vorhanden wäre. Bei einer Zahl von 500 Pelztierfarmen und darüber (nach einer schätzungsweise Ermittlung der Reichszentrale für Pelztier- und Rauchwaren-Forschung Leipzig) ist eine inländische Versicherung angebracht und im Entstehen. Interessenten an dem Unternehmen wollen sich an die Pelztierfarm Brissenberg-Feller in Verden (Aller) wenden.

Wechselkassendungen von 1 1/2 Millionen Mark. Eine Gesellschaft von Wechselkassendern hat etwa 90 gefälschte Wechsel im Betrag von vorläufig 1 1/2 Millionen, die auf den Namen großer westdeutscher und rheinischer Firmen ausgestellt waren, in Berliner Kaffeehäusern in Umlauf gesetzt. Die Berliner Polizei hat mehrere der Wechsel beschlagnahmt, demohrt aber im übrigen über die Namen der Verbeeher und die weiteren Ergebnisse der Untersuchung Stillschweigen.

Neuer Rekord des Schnell dampfers „Bremen“. Der Schnell dampfer „Bremen“ des Norddeutschen Lloyd, der am 20. Januar in Neuport eintraf, hat die Fahrt Bremen-Neuport in 6 Tagen und 3 Stunden zurückgelegt und damit den bisher von „Seine Majestät“ „Europa“ gehaltenen Rekord für diese Strecke um 3 Stunden geschlagen.

Zahlungseinstellung. Holzhandels E. G. Bernstein u. Wolf u. h. Köln. Die Verbindlichkeiten sind sehr hoch. — Legitimationshaus Freudenberg-Ges. Schulden 2 Mill. RM. — Bau-firma Laupenmühle u. Co. Berlin-Ges. — Kaltver-Bielefeld-Stratweide G. m. b. H. Konkurs. — Konzeptionsfirma Helios G. m. b. H. Frankfurt a. M. Schulden 1,85 Mill. RM.

Markte

Heilbronn, 21. Januar. Schlachtlehmarkt. Zufuhr: 5 Bullen, 59 Jungrinder, 13 Rühr, 84 Kälber, 292 Schweine. Preise: Bullen 1. 40-42, Jungrinder 1. 48-50, 2. 43-45, Rühr 1. 27-30, 2. 22-24, Kälber 1. 63-66, 2. 60-62, 3. 54-57, Schweine 1. 64-66, 2. 52-54. K. Marktverlauf: sehr schleppend.

Diespreise. Ehningen: Ochsen 600-650, Rühr 400-500, Rinder 250-300, Kalbinnen 600-700. — Waldsee: Ochsen 520-560, Rühr 180-350, Rühr 400-450, Kalbinnen 420-500, Rinder 190 bis 250. — Weidenhof: Ochsen 650-710, Stiere 350-570, Rühr 250-610, Kalbinnen 480-650, Einheitsvieh 130-300 RM.

Schweinepreise. Buchau a. J.: Milchschweine 17-21. — Ehningen a. D.: Ferkel 20-25, Mutterchweine 180-180. — Ehningen Milchschweine 25-32, Käufer 43-55. — Waldsee: Milchschweine 18-25 RM.

Fruchtpreise. Crailsheim: Weizen 14, Roggen 8,50, Gerste 11 bis 11,50, Haber 10. — Waldsee: Haber 7,50 RM.

Geflügel: Friederike Greule, geb. Koch, 65 Jahre, Brettenberg — Christian Bahr, Landwirt, 74 J., Baiersbrunn.

Wetter

Hochdruckgebiete befinden sich über Skandinavien und Frankreich, bei Island zeigt sich eine starke Depression. Für Freitag und Samstag ist immer noch mehrfach bedecktes, aber trockeneres Wetter zu erwarten.

Stadtgemeinde Magold.
Zu dem am nächsten
Montag, den 26. Januar 1931
hier stattfindenden
**Vieh-,
Schweine-
und
Frucht-
Markt**
erzucht Einladung. 162
Magold, den 21. Januar 1931.
Bürgermeisteramt.

Gutscheine

Viel farbenfrohe Bilder, wunderbare Kunstblätter, sowie eine große Anzahl kleinerer und anderer Beiträge bieten Ihnen Westermanns Monatshefte. Der Einband dieses Gutscheins und so die für Ihren Lieblingsten der Verlag Georg Westermann, Braunschweig, gern ein schönes Licht im Werte von 1 Mark. Daraus viele hunderte schöne Bücher mögen Westermanns Monatshefte nicht missen, die insbesondere kultivierter Form über alles auf den Seiten des Textes, Zeichnungen und Scherenschnitte mit einer Anzahl interessanter Fragen in anregender Weise behandeln. Wer dies für kulturelle Werte hat, der greife zu dieser schönen, in Inhalt und Ausstattung von keiner Seite übertrroffenen Monatschrift.

Völlig unverdächtig findet Ihnen der Verlag Georg Westermann, Braunschweig, gern Einbindung von 10 Pfennig ein Westermanns Monatsheft im Werte von 1 Mark.

Name: _____
Adress: _____
131

**frische Seefische
sowie Fisch-Filet**
Sottlieb Luz, Fischer.

B. G. B.
neueste vollständige Textausgabe mit Einführungsgeles und Sachregister schon von M. 2.40 an in der Buchhandlung Zaiser, Magold.

**Gepr. Kinder-
gärtnerin**
sucht Stelle.
Hilft auch gerne im Haushalt.
Schriftl. Angebote unter Nr. 171 an die Gesch. St.

**Züchtige
Mutterchweine
Läuferchweine**
zur Zucht und Mast sowie schöne
Milchschweine
hat laufend zum Tagespreis abgegeben
Fischerstraße, Rosenfeld

Staatspolitischer Vortragsabend
Samstag abend 8 Uhr spricht Herr Oskar Müller aus Stuttgart in der „Traube“ über
„Die politische Lage im Lichte der nationalen Realpolitik“
166
Jedermann, insbesondere auch die Jugend, ist herzl. eingeladen
Kein Eintritt! Freie Aussprache!
Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei

Der kluge, erfahrene Geschäftsmann

verkauft in der heutigen Zeit keinen Tag, um durch **Inseraten-Reklame** im Magolder Tagblatt „Der Gesellschafter“ sein Geschäft zu beleben. Die Sprache des Schau-fensters, des Verkäufers und der Zeitung müssen zusammenwirken, denn nur so wird am nächsten Markttag (26. Januar) die Aufmerksamkeit der Marktbefucher gewonnen und kaufmännisch ausgewertet.

Ehhausen-Halterbach, 21. Jan. 1931.

Dankfagung

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir in so reichem Maße und von allen Seiten anlässlich der langen Krankheit und beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, Sohnes, Bruders, Schwagers u. Onkels

Karl Brezing
Schreinermeister

erfahren dürfen, insbesondere für die vielen Kranzspenden und Nachrufe seitens seiner Altersgenossen u. Genossinnen, der Schreinerinnung Magold u. des Turnvereins Halterbach, sowie für den erhebenden Beitrag des Gesangsvereins Ehhausen, und für die zahlreiche Begleitung von hier und auswärts sagen herzlichen Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.

frische
Seefische
eingetroffen
**Fischfilet
Schellfische
Kabeljau**
vollfette
Büdinge
168
Pfd. M. - 38
Kieler Sprotten
1/2 Pfd. M. - 20
LUGER

Voranzeige
Am Sonntag, den 25. Januar
kommt 169
Stadtplarrer Dr. Schenkel
aus Zuffenhausen und spricht im Traubensaal über
**Christentum
und Sozialismus**

Größere
Fabrik-Räumlichkeiten
mit Licht und Wasseranschluss in Magold
günstig
zu vermieten
oder **Fabrikgebäude**
vor 9 Jahren neu erstellt, preiswert
zu verkaufen.
Schriftl. Angebote unter Nr. 163 an die Gesch. Stell.

Für Freitag treffen ein direkt ab Nordsee:
prima Schellfische
per Pfund nur 25
**prima Kabeljau
ff. Fischfilet**
Wilhelm Frey
Mit 5 Prozent Rabatt 164

Morgen Freitag von 1-5 Uhr bringe ich im Gasthaus „Edwen“ in Magold einen großen Posten
Rest-Tapeten
zum Verkauf. Die Preise sind um über 50% ermäßigt, daher jetzt die günstigste Gelegenheit zum Frühjahrskauf. 172
J. S.: 10 Rollen mit Borten von Mk. 2.50 an
Herm. Schieferer, Tapeten-Großhandlung, Heilbronn

Inventur-Ausverkauf
Grosszügig herabgesetzte Preise
Wollstoffe / Seidenstoffe / Samte / Wachstoffe
Druckwaren
Den Tiefpunkt der Preise in meinem Inventur-Ausverkauf ausnützen; heisst die jetzige günstige Einkaufsmöglichkeit richtig erfassen.
LORENZ
Stuttgart, Charlottenstr. 9, Ecke Urbanstr.

Biehfütterer
welcher in Stall und Feldarbeit bewandert und mit guten Zeugnissen versehen ist 153
sucht Stelle
auf Lichtmeh. Näheres durch die Geschäftsstell.
Schlacken
ab versch. Stellen 15
Ries
versch. Abteilungen
Lieferer & Maschinen, Kreislager
Stuttgart